NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

September 2008 www.oekumenisches-netz.de

KandidatInnen gesucht!

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Ökumenischen Netzes findet Ende November im Ev. Gemeindehaus in Polch statt. Turnusmäßig wählt die Versammlung in diesem Jahr den Netzvorstand.

Was macht der Vorstand?

Der Vorstand trifft sich ca. 6 mal im Jahr zu etwa 3 stündigen Sitzungen, bei denen die Netzversammlungen vor- und nachbereitet, die Beschlüsse der Mitgliederversammlung umgesetzt und die aktuellen inhaltlichen Schwerpunkte diskutiert und organisiert werden. Die Themenpalette lässt sich den Netz-Telegrammen und der Netz-Homepage entnehmen, aktuell steht das Thema „Flucht und Migration" im Vordergrund.

SchatzmeisterIn gesucht!

Da die Schatzmeisterin bei der nächsten Mitgliederversammlung ihr Amt niederlegen und nur für den Erweiterten Vorstand kandidieren möchte, suchen wir einen interessierten Menschen für dieses Amt.

Vorstandsmitglieder gesucht!

Zusätzlich zur / zum SchatzmeisterIn suchen wir Frauen und Männer für die Vorstandsarbeit des Netzes. Wir freuen uns über jedeN, der oder die Interesse hat.

Die EU zittert – kurz

Am 12. Juni 2008 lehnten die Iren in einer Volksabstimmung den EU-Reformvertrag (den sog. „Vertrag von Lissabon") ab. Damit brachten sie den scheinbar vorprogrammierten Zustimmungsautomatismus der europäischen Parlamente kurz ins Stottern. Die Informationsstelle Militarisierung in Tübingen setzt sich mit Gründen und Auswirkungen des irischen „Nein!" auseinander und hebt insbesondere die Bedeutung des EU-Reformvertrags für die weitere Militarisierung der EU hervor. Ihr aktueller EU-Flyer „Irland: Nein heißt Nein!" liegt den Grundzügen des folgenden Textes zugrunde.

Seit einigen Jahren verläuft die Militarisierung der Europäischen Union in beängstigender Geschwindigkeit. Immer häufiger werden Truppen zur "Verteidigung" europäischer Interessen in Auslandseinsätze geschickt, mittlerweile fanden über 20 davon statt. Ursprünglich sollte diese Militarisierung mit dem EU-Verfassungsvertrag (dem „Plan A") weiter forciert werden. Obwohl der Verfassungsvertrag im Jahr 2005 bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde, ließen sich die EU-Eliten davon nicht beirren. Ein "Plan B" wurde ausgearbeitet.

Plan B: Vertrag von Lissabon

Im Sommer 2007 wurde ein zum ursprünglichen Verfassungsvertrag kaum verändertes Folgedokument, der Vertrag von Lissabon (auch: EU-Reformvertrag), ausgearbeitet. Im Jahr 2008 sollte der Reformvertrag durch alle nationalen Parlamente gebracht werden, um dann am 1. Januar 2009 in Kraft treten zu können.

Doch in Irland, dem einzigen EU-Land, in dem ein Referendum vorgeschrieben war, lehnte die Bevölkerung am 12. Juni 2008 den Lissabonner Vertrag mehrheitlich ab.

Irland: Zustimmung oder Rauswurf

Nun präsentierte EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy einen "Plan C", indem er lapidar angab, die irische Bevölkerung müsse noch einmal über den Vertrag

Inhalt

KandidatInnen gesucht!	1
Die EU zittert - kurz	1
Verhandeln statt schießen	3
Demoaufruf	5
Stimmen von unten	6
Nachrichten aus der Region	6
Termine	8

Glückwunsch Irland: Ihr dürft abstimmen, was man 486 Millionen Europäern verweigert hat. Banner bei einer Demo von Mehr Demokratie e. V.

© Mehr Demokratie e. V.

abstimmen. Eine Zustimmung soll durch verschiedene geringfügige Zugeständnisse in Form angehängter Protokolle schmackhaft gemacht werden, der Kernvertrag jedoch unangetastet bleiben. Gleichzeitig wird den Iren offen gedroht, sollten sie den Vertrag auch ein zweites Mal ablehnen, würden sie aus der EU hinausgeworfen.

Das ist ein Skandal! Man stelle sich vor, nach einer Bundestagswahl würden Stimmen laut, die Wahl zu wiederholen, weil manchen das Ergebnis nicht passt oder diejenigen, die falsch gewählt haben, gleich auszubürgern. Diese Forderung sagt viel über das Demokratieverständnis Sarkozys und anderer EU-Eliten aus. Dem ehemaligen Bundestagsvizepräsidenten Burkhard Hirsch (FDP) ist zuzustimmen, wenn er angibt: "Sollten die Iren nun mit dem Rauswurf bedroht werden, dann wäre diese Erpressung ein Akt der organisierten Kriminalität".

Militarisierung durch die Hintertür

Sämtliche bereits an der EU-Verfassung kritisierten Militarisierungsaspekte wurden auch in den Vertrag von Lissabon übernommen. Kernpunkte der Kritik waren und sind:

1. Weltweite EU-Kampfeinsätze mit nahezu unbegrenztem Aufgabenspektrum

Artikel 43, Absatz 1 (konsolidierte Fassung) benennt u.a. „gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen", „Kampfeinsätze" und „Operationen zur Stabilisierung der Lage" sowie „die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet" als Aufgabenspektrum künftiger EU-Kriege.

2. Solidaritätsklausel: Militäreinsätze im Inland zur Aufstandsbekämpfung

Extrem weit reichend ist auch die so genannte „Solidaritätsklausel" in Artikel 222 (1a), mit der erstmals ein Einsatz von EU-Militär im Inneren zur Abwehr terroristischer Bedrohungen möglich würde. Aufgrund der vagen Terrordefinition könnte so EU-Militär auch zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden. In den Erläuterungen zur viel gerühmten Grundrechtscharta jedenfalls heißt es: "Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels [Recht auf Leben] betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um [...] einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen."

3. Vertragliche Aufrüstungsverpflichtung

Artikel 42, Absatz 3 enthält erneut die bis dato einmalige Verpflichtung, mehr Gelder in den Rüstungssektor zu investieren: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern." Die bereits 2004 eingerichtete Rüstungsagentur soll die Einhaltung dieser Vorschrift überwachen und nun mit dem Reformvertrag überhaupt erst eine rechtliche Grundlage erhalten.

Foto: William Murphy, Lizenz: cc-by-sa

„Sagt Nein! Lasst Euch nicht einschüchtern!" Plakat der irischen „Vote-NO"-Kampagne.

4. Endgültige Einrichtung eines EU-eigenen Rüstungshaushalts

Der bislang noch gültige Nizza-Vertrag verbietet die Aufstellung eines EU-Rüstungshaushalts. Deshalb wird im Lissabon-Vertrag (Artikel 41) der Europäischen Union erstmalig die Möglichkeit eröffnet, einen als „Anschubfonds" bezeichneten Wehretat aufzustellen.

5. Keine parlamentarische Kontrollmöglichkeit von EU-Interventionen

Über EU-Kriegseinsätze entscheiden allein die Staats- und Regierungschefs. Das Europäische Parlament hat im Reformvertrag (Artikel 36) lediglich das Recht „angehört" und „unterrichtet" zu werden, mitentscheiden darf es nicht. Da auch der Europäische Gerichtshof in diesem Bereich keinen Einfluss besitzt (Artikel 275), wird somit die Gewaltenteilung auch in der entscheidenden Frage von Krieg und Frieden de facto aufgehoben.

6. Kerneuropa - nur wer Krieg führt, darf mitbestimmen

Mitglieder, die sich militärisch hierfür qualifiziert haben, indem sie an den wichtigsten Aufrüstungsprogrammen teilnehmen und Interventionstruppen (Battlegroups) zur Verfügung stellen, können eine „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit" eingehen, mit der das eigentlich für den außen- und sicherheitspolitischen Bereich geltende Konsensprinzip ausgehebelt wird (Artikel 46). Das Einstimmigkeitsprinzip bezieht sich dabei „allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten."

7. Machtverschiebung zugunsten der Großmächte

Schon die EU-Verfassung sah mit der sog. doppelten Mehrheit eine dramatische Verschiebung der Machtverhältnisse im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat, vor. Deutschland verdoppelt damit seinen Stimmanteile im Rat von 8,4% auf 16,72% (die anderen Gewinner sind Frankreich, Großbritannien und Italien). Mit dem Reformvertrag (Artikel 16, Absatz 4) soll diese Machtverschiebung ab Jahr 2014 eingeführt werden.

Ohne Vertrag von Lissabon fehlt einem eigenen EU-Rüstungshaushalt ebenso wie der Herausbildung eines militärischen Kerneuropas die Rechtsgrundlage. Es wird keine Militäreinsätze im Inneren geben und auch die Machtverschiebung zugunsten der EU-Großmächte ist damit auf Eis gelegt. Anstatt eines undurchsichtigen neuen Vertrages, der den EU-Eliten noch mehr „Handlungsfähigkeit" einräumen soll, ist eine Reformpause notwendig, damit sich endlich auch die Bevölkerung der EU neue Spielräume und Rechte erkämpfen und an den Entscheidungen auf europäischer Ebene teilhaben kann.

Deshalb: Solidarität mit dem irischen NEIN!

Nein zur Militarisierung EUropas! Nein zum Vertrag von Lissabon!

http://www.imi-online.de

(Informationsstelle Militarisierung, Stand: August 2008)

Verhandeln statt schießen – den Afghanistankrieg beenden

„Es ist längst überfällig, dass der Westen seine Strategie überdenkt, um Afghanistan vor der Spirale der unkontrollierten Gewalt zu bewahren.“, so formulierte der Politologe Matin Baraki im Netz-Telegramm 2.2007. 2007 ging es um die Verlängerung des Bundeswehrmandats um ein Jahr. Das damals verlängerte ISAF-Mandat (International Security Assistance Force) der Bundeswehr für den Afghanistan-Einsatz im Rahmen der NATO läuft am 13. Oktober 2008 aus. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Mandat um 1.000 Soldaten auf 4.500 zu erhöhen und um 14 Monate bis nach der Bundestagswahl 2009 zu verlängern – also kein Überdenken der Strategie in Sicht! Die Friedensbewegung fordert stattdessen das Ende des Einsatzes. Einige Hintergrundinformationen zur aktuellen Entscheidung und Aktionsvorschläge der Friedensbewegung haben wir hier zusammengestellt.

Zur Militarisierung der deutschen Sicherheits- und Friedenspolitik

Im Mai 2008 befanden sich nach Angaben des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr ca. 8.000 SoldatInnen weltweit im Einsatz: Im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina, in Georgien, in Afghanistan, in Usbekistan, im Libanon, am Horn von Afrika/Dschibuti, in Äthiopien Eritrea, im Sudan und in Sudan-Darfur. Zwischen 1992 und 2007 waren ca. 200.000 SoldatInnen im Auslandseinsatz. Bis Ende des Jahres 2007 wurden 69 SoldatInnen der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen getötet, davon 44 durch Fremdeinwirkung, mehr als 9.000 wurden verwundet.

Ein Schwerpunkt der deutschen Auslandsmissionen befindet sich im Mittleren Osten, wo Zweidrittel der Welterdölreserven lagern.

Am 26.11.1992 erließ der Bundesminister der Verteidigung die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, in denen es heißt: „... Dabei lässt sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten: ... Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordung“.

Das „Weißbuch 2006“ des Bundesministeriums der Verteidigung greift diesen Gedanken erneut auf: „Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen“. (S. 19).

Von der Verteidigung zum weltweiten Einsatz

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, formulierte auf einer Kommandeurtagung der Bundeswehr im März 2008 den Paradigmenwechsel von der Verteidigung zum weltweiten Einsatz folgendermaßen: „Einsatz in der Verteidigung, aufgezwungen durch einen im Grunde bekannten Gegner, in vertrauter Umgebung, in großen geschlossenen Verbänden, war lange unser konzeptioneller Dreh- und Angelpunkt. Nun ist es die souveräne aktive politische Entscheidung zum Einsatz militärischer Macht im Konzept weltweiter Sicherheitsvorsorge.“ Diesen Paradigmenwechsel sprach er bereits in der Schrift „Soldat im Zeitalter der Globalisierung“ aus dem Jahr 2007 an: „Wir benötigen eine zeitgemäße, vernetzte Sicherheitspolitik, deren Ziel es ist, Gefährdungen unserer Sicherheit bereits am Entstehungsort zu begegnen“. (S. 20)

Unsere Art zu leben ...

Was wird für uns am Hindukusch verteidigt? Unser westlicher Lebensstil? Das Überleben der NATO? Die Option auf einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat? Die Eindämmung Chinas, Indiens und Russlands? Eine Plattform für die US-Regierung zum Iran-Angriff?

„Wir verteidigen unsere Art zu leben - und das ist unser gutes Recht“, sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Rechtfertigung des Afghanistan-Krieges am 16.10.2001. (Quelle: Frankfurter Rundschau, 17.10.2001). Solange 20 Prozent der Menschheit 80 Prozent der Rohstoffe verbrauchen und diese Art zu leben - auch in Deutschland - die Lebenschancen eines großen Teiles der Menschheit in anderen Kontinenten einschränkt und verhindert, ist dem Bundeskanzler zu widersprechen.

(Auszüge aus einem Referat Clemens Ronnefeldts, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, beim Katholikentag 2008)

Opfer des Krieges

Human Rights Watch schätzte die durch Kampfhandlungen und Anschläge in Afghanistan Getöteten im Jahr 2006 auf 4400, davon 1.000 Zivilisten. 2007 wurden bereits 8.000 Tote gezählt, davon 1.500 zivile Tote. Offizielle Zahlen gehen von einer Steigerung der Zwischenfälle gegenüber 2007 um 40 Prozent aus. Und „dieser Trend wird sich

Zahlen und Fakten zum Afghanistankrieg

Kosten des Afghanistankrieges

für die NATO-Staaten 2002-2006

Militär	82 Mrd. US-$
Entwicklung/Ziviles	7 Mrd. US-$
Gesundheit/Ernährung	433 Mio. US-$

für Deutschland 2008

Militär	530 Mio. Euro
Entwicklung/Ziviles	100 Mio. Euro

(Quelle: IMI-Analyse 2007/029 vom 17.8.2007, www.imi-online.de).

Quelle: commons.wikimedia.org, Rei-artur + Vardion

Afghanistan

BIP pro Kopf: 355 US-$

UN-Armutsindex:
Platz 173 (2004)
Platz 174 (2007)
von insgesamt 178 Ländern

(Quelle: UN-Armutsindex Afghanistan).

nach einem Urteil des Berliner Verteidigungsministeriums 2009 fortsetzen."

Im Jahre 2007 wurden unter den ausländischen SoldatInnen 232 Tote gezählt, im Jahr 2008 waren es bis Juni bereits 124.

Die meisten Opfer sind US-Soldaten

Wie bereits im Mai wurden auch im Juni in Afghanistan mehr ausländische Soldaten getötet als im Irak. Nach Zählung des Internetdienstes icasualties.org kamen im Juni in Afghanistan 45 ausländische Soldaten bei Kämpfen, Anschlägen und Unfällen ums Leben, im Mai waren es 31 gewesen. Im Irak zählte icasualties.org im Juni 30 tote Soldaten (Mai: 21). In beiden Ländern gab es die meisten Opfer unter den US-Truppen. Damit stieg die Zahl der getöteten ausländischen Soldaten in Afghanistan im Juni 2008 auf das bislang höchste Niveau seit dem Sturz der Taliban Ende 2001. An der Isaf in Afghanistan sind derzeit rund 52.700 Soldaten aus 40 Staaten beteiligt. Zudem sind etwa 13.000 US-geführte Koalitionstruppen im Land.

(nz/AP/dpa)

Von 2005 auf 2006 gab es eine große Zunahme der Gewalt in Afghanistan.

Im Jahre 2005 gab es 27 Selbstmordattentate, 783 Straßenbomben und 1588 Direktangriffe, 2006 bereits 139 Selbstmordattentate, 1677 Straßenbomben und 1588 Direktangriffe.

(Bündnis 90/Die Grünen: Mit diesem Krieg ist kein Frieden mehr zu machen. Erklärung und Positionspapier zu Afghanistan, Sommer 2007)

Opium-Wirtschaft

Die Opium-Produktion in Afghanistan lag im Jahre 2001 bei ca. 200 t, im Jahre 2006 bei ca. 6.200 t, im Jahre 2007 bei ca. 8.200 t. Dies entspricht ca. 93% der Weltproduktion an Schlafmohn und an Opium.

(Quelle: UNO)

Zentraler Aufruf zu den Demonstrationen in Berlin und Stuttgart am 20. September 2008

Mit dem sieben Jahre andauernden Krieg in Afghanistan wurde keines der vorgeblichen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Alphabetisierungsrate ist seit dem Einmarsch gesunken. Täglich sterben in Afghanistan 600 Kinder unter fünf Jahren. Alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ging zurück.

Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland würde noch enger in die Kriegführungsstrategie der NATO und damit der USA verstrickt. Diese zielt ab auf die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Obwohl die Bundesregierung die zivile Aufbauhilfe zu ihrem Schwerpunkt für Afghanistan erklärt hat, wird für den Krieg ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Der Verdacht liegt nahe, dass die „zivile" Komponente des Bundeswehreinsatzes zur Rechtfertigung des Krieges instrumentalisiert wird.

Wiederaufbau, Demokratie und eine soziale Entwicklung können erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind. Die frei werdenden Mittel müssen für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zuzustimmen. Hören Sie auf den Friedenswillen der Bürgerinnen und Bürger weiter zu missachten!

Wir unterstützen alle Soldatinnen und Soldaten, die von ihrem Grundrecht auf Verweigerung des Kriegseinsatzes Gebrauch machen.

Der Abzug der Bundeswehr würde die USA und andere Kriegsparteien unter Druck setzen, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Dadurch erhielte der Frieden eine echte Chance.

Wir wollen Frieden für Afghanistan. Dafür rufen wir in den nächsten Wochen und Monaten zu vielfältigen örtlichen und regionalen Aktionen auf: Zu Demonstrationen, Mahnwachen, Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Abgeordneten, Flugblattaktionen und Zeitungsanzeigen. Für den 20. September 2008 rufen wir zur bundesweiten Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf.

Mit einer sogenannten „Antiislamisierungs-Konferenz" in Köln versuchen Rassisten und Neofaschisten vom 19.-21. September Menschen muslimischen Glaubens zu kriminalisieren, zu diffamieren und auszugrenzen. Die Friedensbewegung begrüßt die geplanten Proteste mit dem Ziel, die „Antiislamisierungs-Konferenz" zu verhindern. Der Kampf gegen Krieg und Rassismus ist für uns untrennbar miteinander verbunden.

Stimmen von unten

Chinas WTO-Beitritt und die chinesischen ArbeiterInnen

von May Wong

Seit 2001 ist die Volksrepublik China Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO). Der sprunghafte Anstieg chinesischer Produkte auf dem Weltmarkt und das rasante Wachstum der chinesischen Wirtschaft werden mit dem WTO-Beitritt in Verbindung gebracht. May Wong, Mitarbeiterin der Hongkonger Nichtregierungsorganisation „Globalization Monitor" und im Juni 2008 Referentin beim Sozialforum Koblenz, legt nun eine Studie zu den Auswirkungen des WTO-Beitritts auf chinesische ArbeiterInnen vor. Aus dieser im August 2008 in Hongkong erschienenen Studie „Voices from below" / „Stimmen von unten" stammen die folgenden Interview-Auszüge.

12. Fallbeispiel

Beschäftigung:	Seidenzwirnerin in einer Textilfabrik
Geschlecht:	weiblich
Alter:	46
Ausbildung:	Mittelschule
Interviewdatum:	Dezember 2007

Ich war Bäuerin auf dem Land. Nachdem das Land scheibchenweise von Fabriken und für den Hausbau weggenommen wurde, blieb den Bauern nichts anderes, als sich auf kurzfristige Jobs zum Überleben zu verlassen. Einige Leute haben noch etwas Land, aber nur sehr wenige. Es ist bei weitem nicht genug, um sie zu ernähren. Die Dinge waren nicht immer so wie jetzt. Früher hat man eine kleine Entschädigung erhalten, wenn einem das Land weggenommen wurde.

Ich kam in die Qunguan Seidenfabrik im Jahr 2001. Seit der Schließung in 2004 arbeite ich in Si'erke. Qunguan war ein städtisches Unternehmen in kollektivem Eigentum. Für Menschen mit Wohnregistrierung auf dem Land (hukou) war es sehr schwer, in der Gegend Arbeit zu finden. Wie in Qunguan hatte man zunächst eine Menge Geld zu bezahlen, bevor man einen Job erhielt. Um dort Arbeit zu bekommen, hatte man 5.000 bis 6.000 Yuan (ca. 500-600 Euro) zu bezahlen. Dieses Geld wurde nicht zurückerstattet. Die Entwicklung Qunguans hing vom regionalen Vorteil der Seidenraupen ab. Aber nach 2001 hatte die Seidenindustrie ihren Höhepunkt überschritten. Bis 2003 brachen alle lokalen Seidenfabriken im Textil- und Bekleidungsbereich zusammen – eingeschlossen die großen staatseigenen Betriebe wie Xuzhou Baumwolltextilfabrik und die Xinyi Garnfabrik. Nicht eine einzige überlebte. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen der Textil- und Bekleidungsfabriken gingen nach Süd-China als Textilarbeiter oder um andere Jobs zu finden.

In letzter Zeit zog die südliche Textilindustrie gen Norden und lokale Regierungen eröffneten spezielle Industriezonen. Erfahrene Arbeiterinnen wie ich arbeiten gewöhnlich in privaten Firmen, die Besitzern aus dem Süden gehören.

Seidenfabriken wie Qunguan waren zeitweise die Ausbildungsstätten für Seidenfirmen des Südens. Textilarbeiter in unserer Gegend waren sehr gut ausgebildet, aber in der Regel wechselten sie zu den Firmen in Privatbesitz südlicher Chefs. Die Firmen stellen in der Regel keine Lehrlinge an. (...)

Ich erinnere mich noch gut an die Zeiten bei Qunguan. Eine Person bediente höchstens sieben Maschinen. Es war nicht wie jetzt, wenn eine Person 20 Maschinen bedienen muss. Außerdem hatten wir Arbeitspausen und die Beziehungen zwischen den KollegInnen waren wirklich gut. Die Managerposten waren überwiegend von Arbeitern und Arbeiterinnen besetzt. Nach der Schließung von Qunguan wurde das Arbeitsvolumen bei Si'erke immer größer, aber der Lohn war kaum höher als zuvor. Die Arbeiter wurden gespalten, weil die Arbeitsumgebung so übel und die Löhne auch zwischen den Arbeitern nicht fair waren. Dies führte zu verschärftem Wettbewerb und einer Menge Konflikte. Als ich 2004 in diese Textilfabrik kam, war sie ein vorrangiges Entwicklungsprojekt in Xuzhou. (...)

In der Textil- und Bekleidungsindustrie hatten wir 12-Stunden-Arbeitstage, darin sind die Überstunden nicht eingeschlossen. Das ist übliche Praxis, egal ob in Nord- oder Süd-China. Ich bin Seidenzwirnerin. Wir sind 30 ArbeiterInnen in einer Schicht und eine Person bedient 20 Maschinen. 12 Stunden lang müssen wir hin und her laufen und können uns nicht hinsetzen. Die Arbeitsumgebung ist wirklich schrecklich. Die Luft ist voller

---

Angebot zu einem Film- und Vortragsabend

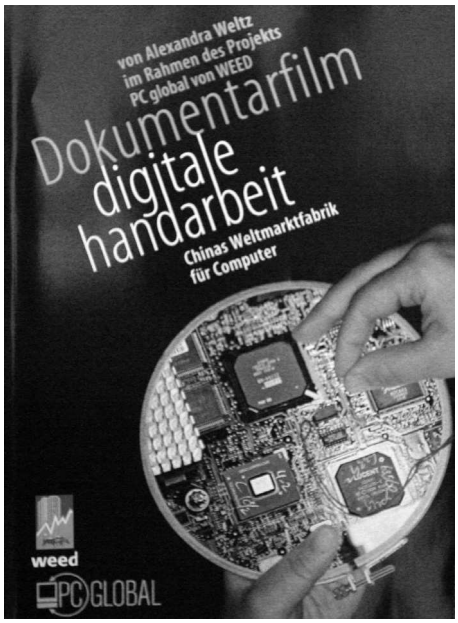
Digitale Handarbeit – Chinas Weltmarktfabrik für Computer und die China-Partnerschaft von Rheinland-Pfalz

In einem Computer steckt viel Handarbeit. In China sind es meist junge Frauen vom Land, so genannte Wanderarbeiterinnen, die in den Weltmarktfabriken oft 12 Stunden am Tag, nicht selten 7 Tage die Woche schuften. Sie sind flink, flexibel und billig - eine unabhängige Interessenvertretung ist in der Regel nicht gegeben.

Mit Hilfe des 30-minütigen Films "Digitale Handarbeit" von Alexandra Weltz gibt der Abend Einblick in die globale Produktion und Verschrottung von Computern. Im Mittelpunkt stehen dabei die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in China, ihre sozialen Rechte, die ökologischen Folgen sowie die Frage nach Potenzialen für eine nachhaltige Entwicklung.

Der Vortrag beleuchtet vor dem Hintergrund des Films die Wirtschaftspartnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit der chinesischen Provinz Fujian. Der Computerhersteller Foxconn, der im Film als ein bedeutender Zulieferer vieler großer Markenfirmen genannt wird, lässt auch in Fujian produzieren.

Wer Interesse an einer Abendveranstaltung zum Thema Computer mit dem Film und mit Sabine Ferenschild als Referentin hat, wende sich bitte an das Netzbüro.



Staub. Im Sommer können die Temperaturen 40 bis 50 Grad Celsius erreichen, aber es gibt keine Temperaturregelung. Arbeiter schwitzen so sehr, dass sie aussehen, als wären sie gerade aus dem Wasser gestiegen. Mehr noch, Schmiermittel, das zum Seidenzwirnen benutzt wird, und Öl spritzen aus den Maschinen heraus. Das macht uns so schmutzig, dass wir uns kaum erkennen können.

Unter den 30 ArbeiterInnen einer Schicht verdienen nicht mehr als drei mehr als 1.000 Yuan jeden Monat. Auch wenn unser Lohn nach Stückzahlen berechnet wird, kann niemand mehr als 1.400 Yuan verdienen. Es gibt eine Grenze, wie viel Du verdienen kannst, aber gleichzeitig gibt es keine Grenze nach unten für den Lohn. So verdienen viele ArbeiterInnen weniger als 800 Yuan monatlich, 30% erhalten nur 500 bis 600 Yuan. Der Vorarbeiter kann mehr als 2000 Yuan erzielen und braucht nicht einmal in der Werkhalle zu bleiben. Wegen der schlechten Bedingungen sind die Beziehungen zwischen ArbeiterInnen und Management gespannt. Ebenso zwischen den ArbeiterInnen: Sie kämpfen oft um ein oder zwei Maschinen mehr, um ein wenig Geld mehr zu verdienen (eine Maschine mehr bringt 4 Yuan mehr). Wegen dieses Wettbewerbs gibt es oft Konflikte zwischen den ArbeiterInnen. Niemand hat einen Arbeitsvertrag, Sozialversicherung oder sonstige Leistungen, aber das Management widmet dem Verhalten und dem Denken der ArbeiterInnen viel Aufmerksamkeit. Sie geben viel Geld für Referenten aus, die den ArbeiterInnen Unterricht geben. Sie stellen uns Fragen wie: „Wenn die Firma in harte Zeiten kommt und drei Monate keinen Lohn zahlen kann, leistest Du dann Deinen Beitrag?“ Dann müssen wir einen „aufbauenden“ Film anschauen. Danach haben wir Hausaufgaben zu erledigen. Die Art Studien kostet uns fünf Stunden jede Woche. Um es hinter uns zu bringen, verraten wir unser Gewissen und erledigen die Hausausgaben entsprechend der Argumente des Referenten. (...)

Diese Unternehmen, im Norden von Bossen aus dem Süden gegründet, verschmutzen unsere Umwelt und pressen die billigen ArbeiterInnen mit Unterstützung der lokalen Regierung aus.

(Übersetzung: S. Ferenschild)

Nachrichten aus der Region

70 Jahre Reichspogromnacht

Region Koblenz

In diesem Jahr jährt sich am 9. November zum 70. Mal das Datum der Reichspogromnacht und es werden viele Gedenkveranstaltungen stattfinden. So etwa in Neuwied, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Wallfahrtskirche der Pallottiner in Vallendar und Koblenz. In Koblenz bereiten verschiedene kirchliche, politische und freie Träger eine Veranstaltungswoche mit Ausstellungen, Lesungen, Gottesdiensten und Filmabenden vor.

Nähere Infos erhalten Sie im Dekanat Koblenz, beim Ev. Kirchenkreis Koblenz, beim Kulturamt der Stadt Koblenz und der KEB Fachstelle Koblenz.

In der ehemaligen Synagoge Bad Neuenahr-Ahrweiler wird gleichzeitig des 30jährigen Bestehens des Bürgervereins „Ehemalige Synagoge Bad Neuenahr-Ahrweiler“ gedacht.

Bitte beachten Sie die jeweiligen Presseankündigungen der Veranstalter.

G. Falke, KEB Koblenz

Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs 2008

alle anders
alle gleich

Interkulturelle Woche Saarburg 2008

22.09.2008	**Zwischen Krieg und Frieden – Religionen begegnen sich - Interreligiöses Gespräch mit VertreterInnen von Baha'i, Christentum, Islam und Judentum 20:00 Uhr – Pfarrheim St. Laurentius**
24.09.2008	**Heimat im Gepäck – Gesprächsabend mit Frauen aus der Türkei und China 19:30 Uhr – Mehrgenerationenhaus, Alte Glockengießerei Mabilon**
27.09.2008	***Interkultureller Erlebnistag:*** **„Spiel, Sport und Spaß überwinden Grenzen“ – Großes Tischtennisturnier für Menschen aller Nationen 9:30-13:00 Uhr – Sporthalle Gymnasium „Hin und weg“ – Rundgang auf den Spuren von Ein- und Auswanderern in Saarburg 15:00-17:00 Uhr – Treffpunkt: Mehrgenerationenhaus, Alte Glockengießerei Mabilon**
28.09.2008	**Gottesdienst „Ich war fremd…“ 9:30 Uhr St. Laurentius**
30.09.2008 & 02.10.2008	**„Schublade offen! – Im Anfang war das Vorurteil“ Projektvormittage an der Hauptschule Saarburg**

Eine Veranstaltungsreihe
des Arbeitskreises „Integration“ in der Verbandsgemeinde Saarburg und des Jugendmigrationsdienstes Saarburg des Caritasverbandes für die Region Trier e.V.

Gedenkveranstaltungen zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 2008 in Trier

16h: „Sie lebten mitten unter uns" - Erinnerungsgang zu Stätten jüdischen Lebens und Leidens in der Zeit des Nationalsozialismus in Trier. Die Pogromnacht 1938 war weder der Anfang, noch der Endpunkt der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Der Rundgang beleuchtet, wie die Nationalsozialisten in Trier ihre jüdischen MitbürgerInnen ausgrenzten, drangsalierten und schließlich in den Tod schickten.

Treffpunkt: Modehaus Sinn & Leffers, Ecke Brotstraße / Fahrstraße.
Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V.

„Stoppt das Sterben an den Außengrenzen der EU!",

so heißt die Kampagne von Pro Asyl anlässlich des diesjährigen Tag des Flüchtlings am Freitag, den 3.10.2008. Mit dieser Kampagne will Pro Asyl auf die skandalösen Zustände vor allem im Mittelmeer aufmerksam machen. Die Recherchen von Pro Asyl haben ergeben, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex nicht nur Flüchtlingsboote abdrängt, sondern dass u.a. deutsche Frontex-Verbände den Bootsflüchtlingen Treibstoff und Lebensmittel wegnähmen. Informationen hierzu auf der Kampagnen-Homepage www.stoppt-das-sterben.eu.

Ideen für einen Jugendgottesdienst zu dieser Kampagne bietet Wolfgang Jungheim von Pax Christi Lahnstein an.
Kontakt: wolfgang.jungheim(at)sscc.de

Impressum:

Netz-Telegramm September 2008

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied,
Tel. (0 26 31) 35 41 40 · Fax (0180 50) 60 33 59 93 76
e-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des eed, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750 September 2008

Layout: Elke Wetzig, Köln
Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Religion, Christentum und kapitalistische Gesellschaft

Versuch einer Ortsbestimmung vierzig Jahre danach

Tagung 30.10.- 01.11. Haus Wasserburg / Vallendar

A) Die Aufbrüche von 1968
In diesem Jahr erinnern der 100. Geburtstag von Helmut Gollwitzer, der achtzigste Geburtstag des Begründers der neueren politischen Theologie, J.B. Metz und der vierzigste Jahrestag der II. Versammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín daran, dass das vieldiskutierte 1968 auch in den Kirchen präsent war. ... Grund genug also, die Frage nach dem Verhältnis von Christentum, Religion und kapitalistischer Gesellschaft neu zu stellen.

B) Kirche und Gesellschaft
[...] Heute haben sich die Orte der Kirche in der Gesellschaft verändert. Sie sind weder die ethisch-moralischen Instanzen (im positiven oder negativen Sinne), noch Ort christlicher Aufbrüche: viele linke ChristInnen haben sich distanziert oder wurden aus den Kirchen herausgedrängt. Welche Bedeutung haben die Volkskirchen heute noch – und welche Bedeutung haben sie für uns noch als Tradierungsorte „gefährlicher Erinnerung"?

C) Religion und Gesellschaft
Die Wiederkehr der Religion wird vor allem aus der Perspektive bürgerlicher Theorie behauptet, ohne die Religion des Kapitalismus mit zu problematisieren. Hier stellt sich die Frage, wie ein Beitrag aussehen muss, diesen blinden Fleck bürgerlicher Religionskritik zu überwinden. Und wie dabei das eigene Verhältnis zu "Religion" aussieht: Wieviel Religion gehört zum jüdisch-christlichen Erbe? Wie verhalten sich Religion und Religionskritik im Christentum zueinander? Welche Kirche brauchen wir?

D) politisches Christentum
Nach den Aufbrüchen der ChristInnen in die sozialen Bewegungen und Parteien in den siebziger Jahren, der Einmischung der Theologie in die Auseinandersetzungen um Geschichte und Zukunft scheint es, als haben sich ChristInnen aus politischer Praxis zurückgezogen. Der Aufbruch globalisierungskritischer Bewegungen und die Diskussionen um radikale linke Politik ging an christlichen und kirchlichen Gruppen weitgehend vorbei. Handelt es sich hier um einen vorübergehenden Konjunktureinbruch oder um das Ende der „Christenheit"?

Freitag:
Erinnerung an Aufbrüche – mit F. Steffensky (angefr.), K.Füssel

Samstag:
1. *Rückkehr der Religion? M. Ramminger/ ITP*
2. *Wieviel Religionskritik verträgt das Christentum? - Ton Veerkamp*
3. *Kirche und Gesellschaft: Wir brauchen die Kirche! Wir brauchen eine andere Kirche! - Michael Jäger /Freitag, Christine Schaumberger/ feministische Theologin*
4. *Exodus - Versuch einer befreienden Theologie - Dick Boer/ Amsterdam*

Sonntag:
Politische Praxis und kirchliche Wirklichkeit

1. *Über den Spagat zwischen Kirchen und Politik: Sabine Ferenschild/ Ökum. Netz Rhein-Mosel-Saar*
2. *Über die Militanzdebatten der Basisgemeinden in Spanien: José Antonio Zamora/ Spanien - Philosoph – Foro Ignacio Ellacuria*

Kostenbeitrag: 40 Euro. Anmeldungen: Institut für Theologie und Politik – Friedrich-Ebert-Str. 7 – 48153 Münster – Tel.: 0251-524738 – E-mail: seminar11(at)itpol.de

---

„Kein Gold für Menschenrechte!" – Mahnwache in Neuwied am 9. August 2008 anlässlich der Olympischen Spiele in Peking.

September

Mi, 17.9., 20h, Weltladen AG-Frieden, Pfützenstraße 1, 54290 Trier

Wem gehört die Welt? - Der Kampf um das Saatgut

oder: Warum gibt es Streit um die Kartoffel LINDA?

Referent: Roland Röder (Aktion 3.Welt Saar)

Mi, 17.- So, 21.9., Malmö / Schweden

5. Europäisches Sozialforum

Infos: www.esf2008.org

Sa, 20.9., 19h, Weltladen AG-Frieden, Pfützenstraße 1, 54290 Trier

Kleider machen Leute

Fest mit Barbecue, Büffet, Fairen und Bio-Produkten und einer Modenschau mit einer Auswahl unserer Fairen Kleidung

---

Do, 25.9., 20h, Weltladen AG-Frieden, Pfützenstraße 1, 54290 Trier

Fair Handeln mit Geld

Oikocredit – In Menschen investieren statt in Fonds

Referentin: Gisela Bhatti (Oikocredit)

Do, 18.9., 19h, Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Sitzungssaal II, Bahnhofstr. 9, Koblenz

Gentechnik in der Landwirtschaft – Fortschritt oder Sackgasse?

Grüne Gentechnik in der Ernährung – Ethische Aspekte des Einsatzes Grüner Gentechnik

Info und Anmeldung: Rüdiger Kape, Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Tel. (0261)10 84 20.
Veranstalter: Umweltnetzwerk Kirche Rhein-Mosel

Di, 23.9., 19.30h, Christuskirche Koblenz, Eingang van-Werth-Str.

Sozialforum Koblenz: Die Militarisierung der EU-Außenpolitik am Beispiel Afghanistan

Referent: Clemens Ronnefeldt / Internationaler Versöhnungsbund

Infos: Netzbüro

28.9. – 5.10., Bistum Trier

Gerechtigkeit wagen – Frieden leben!

Frieden ist die Frucht der Gerechtigkeit. Bolivien-Partnerschaftswoche

Infos: Diözesanstelle Weltkirche, Postfach 13 40, 54203 Trier, Tel.: (06 51) 71 05 - 3 98
E-Mail: weltkirche(at)bgv-trier.de

Oktober

Fr, 03.10., ab 14h, Bonhoeffer-Haus, Kurhausstr. 6, Bad Kreuznach

Fest der Begegnung am Tag des Flüchtlings

Veranstalter: AK ASYL Bad Kreuznach & das Pfarramt für Ausländerarbeit
Tel.: (06 71) 8 45 91 52

Fr-So, 17.-19.10., Hofheim am Taunus

„20 Jahre Agrarreform auf den Philippinen - Land in Sicht oder Land unter?“

24.Ökumenische Philippinenkonferenz

Kosten 55,00 Euro bzw. für Delegierte von Institutionen,Werken etc. 95,00 Euro; Kinderbetreuung bei rechtzeitiger Anmeldung möglich.

Auskunft: Dorothea Seeliger, Jahnstr.82, 56179 Vallendar, Tel.: (02 61) 6 33 51; Fax (02 61) 6 65 21, mail: doseeliger(at)t-online.de

---

Fr/Sa, 24./25.10., Ebernburg / Bad Münster am Stein

Jahresversammlung ELAN e.V.

Infos: www.elan-rlp.de

Mo, 27.10., 19.30h, Pfarrheim Ochtendung

Schritte zur Energieeinsparung für Pfarrgemeinden

Referent: Dipl.-Ing. Norbert Dümpelfeld, Energieberater
Veranstalter: Umweltnetzwerk Kirche Rhein-Mosel, KEB Fachstelle Koblenz

---

November

9.-19.11.

Frieden riskieren

Ökumenische FriedensDekade

Näheres: www.friedensdekade.de

Fr, 14.11., 9.30 bis 17h, Bad Kreuznach

Fachveranstaltung Rechtsextremismus

Impulsreferat: Prof. Dr. Kurt Möller / Hochschule Esslingen zu aktuellen Entwicklungen der rechtsextremistischen Szene, ihren Ursachen und möglichen Gegenstrategien

Infos und Anmeldung: Stadt Bad Kreuznach, Jugendförderung, Vanessa Berg, Tel.: (06 71) 9 20 04 12, Mail: v.berg(at)die-muehle.net

---

Do., 20.11., 20h, KHG Koblenz, Rheinau 12

Digitale Handarbeit – Chinas Weltmarktfabrik für Computer und die China-Partnerschaft von Rheinland-Pfalz

Referentin: Dr. Sabine Ferenschild / Ökumenisches Netz

Veranstalter: KHG Koblenz

Sa, 22.11., 9.30-ca.16h, Ev. Gemeindehaus, Uhlandstr., Polch

Netz- und Mitgliederversammlung des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar

Infos: Netzbüro

Dezember

Mi, 10.12., 19h, Bischöfl. Cusanus-Gymnasium, Hohenzollernstr., Koblenz

Machet euch die Erde untertan?

Gedanken zur Verantwortung des Christen für die Schöpfung

Referent: Dr. Klaus Töpfer, Former Under Secretary General United Nations

Veranstalter: Katholisches Forum Koblenz

Januar

Dienstag, 27.01.2009 - 01.02.2009

Weltsozialforum in Brasilien

Internet:
http://www.forumsocialmundial.org.br

Februar

Mo, 23.02.09 - 25.02.09 Bremen

Strategiekonferenz 2009 der Kooperation für den Frieden, Thema: "60 Jahre NATO sind genug" (geplant)

Kontakt: Kooperation für den Frieden, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 0228/692905, Fax: 0228/692906
E-Mail: info(at)koop-frieden(Punkt)de
Internet: http://www.koop-frieden.de